

Rede Bundeskanzler Gerhard Schröder (DGB Bundeskongress am 29.05.2002)

Gerhard Schröder
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

(Mit Beifall begrüßt)

Lieber Michael Sommer, lieber Dieter Schulte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst, lieber Dieter, möchte ich dir danken. Ich möchte dir danken für deine freundschaftliche Zusammenarbeit, eine Zusammenarbeit, in der wir gelegentlich auch zu streiten hatten, dies aber auf einer Basis, bei der immer klar war, dass das eine Auseinandersetzung auf dem Boden gemeinsamer Wertvorstellungen war.

(Vertreter der DGB-Jugend, als Piraten verkleidet, betreten das Podium und entfalten zwei Transparente: „Umverteilung macht sexy - 14.09. Freibeuter entern Köln“ und: „Tu's mal wieder Gerhard!!! - www.hmdsl.de“ - Einige der Jugendlichen verteilen im Saal Informationsmaterial der Aktion „Her mit dem schönen Leben“)

Du hast dich in all den Jahren - Michael hat das ausführlich gewürdigt - für die Belange der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eingesetzt und hast unglaublich viel vorangebracht, vorangebracht in deiner Funktion als Betriebsrat, dann bei der IG Metall und natürlich erst recht in den acht Jahren, in denen du Vorsitzender des DGB warst.

Michael Sommer hat eben gesagt, du hast dich um die Gewerkschaftsbewegung verdient gemacht. Das ist sehr richtig. Aber weil du dich um die Gewerkschaftsbewegung verdient gemacht hast, hast du dich auch um Deutschland verdient gemacht; auch das muss klar sein.

Lieber Michael Sommer, dir möchte ich ganz herzlich zu deiner überzeugenden Wahl gratulieren. Das deutliche Votum deines Kongresses, deines DGB, wird für dich ganz gewiss Rückhalt sein bei der Lösung der vor dir liegenden Aufgaben. Ich bin ganz sicher: Diese Form freundschaftlichen, wenn gelegentlich auch kritischen Dialogs, den wir immer mit Dieter Schulte hatten, werden wir miteinander fortsetzen; denn wir haben eine ganze Menge vor und wir haben auch eine ganze Menge vor uns.

Auch den übrigen Vorstandsmitgliedern spreche ich meine Glückwünsche zur Wahl aus. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In weniger als vier Monaten geht es um eine Richtungsentscheidung für unser Land. Es geht um die Entscheidung zwischen Zukunft oder Vergangenheit, zwischen Erneuerung oder Stillstand, zwischen den richtigen Antworten auf die Probleme unserer Zeit oder den untauglichen Rezepten von vorgestern, verkörpert durch das Personal von gestern. Lasst uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, das im Einzelnen betrachten.

Die Themen, die uns in Zukunft gemeinsam bewegen, hast du, lieber Michael Sommer, gestern in deiner Grundsatzrede angesprochen. Ich möchte darauf eingehen und will mit den Arbeitnehmerrechten beginnen.

Bei der politischen Gestaltung von Rechten der Arbeitnehmerschaft orientieren sich Gewerkschaften auf der einen Seite und Sozialdemokratie auf der anderen gemeinsam an einem wesentlichen Ziel: Es geht uns um die umfassende Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Haben, also am erarbeiteten Wohlstand in der Gesellschaft, aber auch am Sagen, also an den Entscheidungen in der Gesellschaft und diese dürfen sich nicht nur auf den politischen Prozess beziehen.

Teilhabe am Sagen heißt für mich zum Beispiel betriebliche Mitbestimmung an einer modernen Betriebsverfassung. Teilhabe am Haben

gibt es nur, wenn es Tarifverträge gibt, auf deren Basis die Gewerkschaften den Beschäftigten ihren gerechten Anteil an den erarbeiteten Werten in unserer Gesellschaft sichern. (Beifall)

Dass das funktioniert, haben wir allen Unkenrufen zum Trotz in den letzten Wochen bei der Chemie, aber auch bei der Metall gesehen. Ich bin sicher, auch beim Bau, in der Druckindustrie und im Einzelhandel wird es am Ende zu vernünftigen Ergebnissen kommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, diese Tarifrunde hat erneut den Sinn und die Stärke der Tarifautonomie bewiesen. Gewerkschaften auf der einen und Arbeitgeber auf der anderen Seite haben bewiesen, dass sie Einmischung von außen nicht brauchen. (Lebhafter Beifall)

Ihr wisst, andere sehen das anders. CDU und CSU haben angekündigt, zum Beispiel das Günstigkeitsprinzip zu Lasten der Beschäftigten zu ändern. Und macht euch nichts vor, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie wollen das wirklich, auch wenn sie gegenwärtig vorzugsweise Kreide verspeisen.

Ich erinnere mich nur zu gut, dass sie viele Anträge mit dieser Stoßrichtung allein in dieser Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag eingebracht haben. Daraus folgt: Dort liegt einiges fertig in der Schublade. Sie wollen den Tarifverträgen ihre Schutz-, Ordnungs- und ihre Friedensfunktion nehmen. Sie wollen einen Lohn-Dumping-Wettbewerb in den Betrieben. Sie wollen Tarifverträge zur unverbindlichen Richtschnur degradieren. Tarifautonomie - das ist eben doch ein Fremdwort für diese Leute. Und sie wollen damit die Streikfähigkeit der deutschen Gewerkschaften aushebeln.

Kurzum: Mit diesem Programm legt man die Axt an die soziale Dimension der Marktwirtschaft in Deutschland. Deswegen ist der Vorwurf gerechtfertigt, dass sie eine andere Gesellschaft wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist mit mir nicht zu machen, und ich hoffe, das ist mit euch nicht zu machen. (Lebhafter Beifall)

Betriebsräte sichern Teilhabe, und wir wollen deshalb aktive Betriebsräte. Wir sind - das gilt es den Skeptikern zu sagen - in Deutschland damit gut gefahren. Die Kraft unserer Volkswirtschaft, ihr Erfolg, ihre Fähigkeit, in Krisen durchzustarten, wie es gegenwärtig wieder geschieht, hat auch etwas mit der Fähigkeit dieser Volkswirtschaft zu tun, immer wieder zu einem gerechten Interessenausgleich zwischen den breiten Schichten der arbeitenden Menschen und den anderen Teilen der Gesellschaft zu kommen. Dieser Interessenausgleich ist nur möglich mit starken Gewerkschaften. Deshalb wollen wir starke Gewerkschaften, wollen sie als Partner in kritischer Solidarität mit uns. (Lebhafter Beifall)

Im Übrigen: Alle wissen eigentlich, dass so manches Unternehmen in Deutschland nicht mehr existieren würde, wenn nicht ausgerechnet gute und erfahrene Betriebsräte die Absicherung mit übernommen hätten. Hier liegt übrigens der Grund, warum wir daran gegangen sind, mit den Spitzen der Gewerkschaften zusammen die Betriebsverfassung umfassend zu modernisieren. Auch hier gilt: Andere wollten das nicht und andere haben angekündigt, alles wieder auf den Stand von vor 30 Jahren zurückzusetzen. Auch das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, steht im September zur Wahl. Auch das muss man wissen, wenn man Bilanz zieht und sich entscheidet.

Wir glauben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen selbst am besten, was sie wollen, und sie können selbst am besten die Entscheidungen, die notwendig sind, treffen.

Wir wollen zum Beispiel nicht, dass der Arbeitgeber allein entscheidet, ob jemand in Teilzeit gehen darf oder nicht. Das entspricht nicht unserem Bild eines mündigen Arbeitnehmers oder einer Arbeitnehmerin. Genau deshalb haben wir den Teilzeitananspruch eingeführt; und

wir wollen, dass das beibehalten wird. Auch darum wird es am 22. September gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Übrigens: All diejenigen, die angekündigt haben, mit der Einführung des Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit würde die Teilzeitbeschäftigung zurückgehen, haben sich geirrt - und sie sollten es zugeben.

Die neueste Statistik, die wir heute Morgen im Kabinett behandelt haben, weist aus, dass wir vielmehr 350 000 zusätzliche Teilzeitarbeitsstellen haben - und keineswegs weniger, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein Erfolg unserer gemeinsamen Politik. (Lebhafter Beifall) Wir haben also dieses Recht eingeführt, und wir stehen dafür, dass es bestehen bleibt.

Wir wissen im Übrigen, dass eine Einschränkung des Kündigungsschutzes niemandem etwas bringt - und schon gar nicht neue Arbeitsplätze. Die Logik, liebe Kolleginnen und Kollegen, die darin besteht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Einführung des Prinzips „hire and fire“ zu verunsichern und sie dadurch zu bewegen, mehr zu konsumieren, hat man vergebens zu erklären versucht. Wie diese Logik funktionieren soll, ist mir jedenfalls unerfindlich. (Lebhafter Beifall)

Und deshalb: Wir haben seinerzeit den Kündigungsschutz, den die alte Regierung mit dem Personal, das heute wieder zur Wahl steht, abgeschafft hatte, wieder eingeführt. Und wir wollen, dass das so bleibt; denn wir wollen eine vernünftige Beziehung zwischen dem Erfordernis nach Flexibilität in den Betrieben und der Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die ihre Sicherheit brauchen, um ihr eigenes Leben und das ihrer Familien sinnvoll planen zu können. Auch darum geht es! (Lebhafter Beifall)

Die anderen wollen zurück in die Vergangenheit. Diesmal geht es gegen die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Natürlich sagen sie: Das ist alles freiwillig. Aber schaut genau hin! Das stimmt nicht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab einem gewissen Alter sollen erpressbar gemacht werden. Das ist unsozial; das ist zynisch, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Eine solche Spaltung der Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird es jedenfalls mit uns nicht geben. An der Frage des Kündigungsschutzes und der sozialen Gerechtigkeit ist 1996 das alte „Bündnis für Arbeit“ gescheitert. Und Dieter weiß es sehr genau: Ihr habt diese Runde damals mit Recht dieser Frage wegen verlassen. Deshalb sage ich: Nicht zuletzt auf einer solchen Basis hat unser Bündnis Bestand. Das liegt darin, dass die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns gemeinsam in guten Händen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Übrigens: Übermorgen wird im Bundesrat über unser Tariftreuegesetz entschieden. CDU und CSU haben bisher erklärt, sie lehnten das ab. Ich fordere den bayerischen Ministerpräsidenten auf, hier morgen ganz klar zu erklären, dass die CDU/CSU-geführten Länder diesem arbeitnehmerfreundlichen Gesetz zustimmen werden. (Lebhafter Beifall)

Damit ich klar verstanden werde: Die Anrufung des Vermittlungsausschusses reicht nicht, denn vermittelt worden ist genug. Was jetzt notwendig ist, ist Zustimmung zu einem Gesetz, das Sozialdumping in Deutschland verhindern soll, und das ist dringend notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Bei den Schutzrechten für die abhängig Beschäftigten habt ihr euch auf uns verlassen können. Und ihr habt mein Wort darauf, dass wir nicht zuletzt aus gleichen Gründen an einem solidarischen Gesundheitssystem festhalten werden.

Bei unserer Gesundheitsreform wird die weitere Stärkung der Prävention ein zentrales Element sein. Darüber hinaus brauchen wir Qualitätsverbesserungen im Gesundheitssystem, insbesondere für chronisch kranke Menschen. Wir brauchen Effektivitätsgewinne, keine Frage, und wir können uns dabei auf wichtige Vorarbeiten in dieser Legislaturperiode stützen.

Wir setzen auf Solidarität, auf Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Jungen und Alten, zwischen denen, die mehr verdienen, und denen, die weniger verdienen. Solidarität in diesem Bereich, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt für mich vor allen Dingen: Wir werden sicherstellen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen die notwendige medizinische Versorgung bekommen. (Beifall)

Und um das zu gewährleisten, muss es bei der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems bleiben. (Starker Beifall)

Die anderen wollen eine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen einen einheitlichen Leistungskatalog beibehalten, der das medizinisch Notwendige auch denen gibt, die geringere Einkommen haben. In diesem Land darf es nicht so sein, dass der, der arm ist, früher sterben muss. (Starker Beifall)

Es wird mit uns also keine Zweiklassenmedizin geben. Wir wollen mehr Wettbewerb im Interesse der Patienten. Wir wollen eine bessere Vorsorge und eine Konzentration auf erwiesenermaßen erfolgreiche Behandlungsmethoden und Therapien. Aber wir wollen keine Aushöhlung des Solidarprinzips.

Im Übrigen: Wer läuft denn im Interesse einzelner Interessengruppen Sturm gegen mehr Wettbewerb, zum Beispiel im Apothekensektor? Das sind doch nicht wir. Das sind diejenigen, die sonst immer sehr, sehr laut nach mehr Wettbewerb rufen. Aber eben nur, solange es ihrer eigenen Klientel nicht an die Profite geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zeichen sind deutlich. Ungeachtet all dessen, was verbreitet wird, gibt es einen wirtschaftlichen Aufschwung, und er wird sich auch auf dem Arbeitsmarkt auswirken. Aber wir setzen am Arbeitsmarkt eben nicht allein auf wirtschaftliches Wachstum, obwohl wir es brauchen und fördern, es reicht nicht aus. Wir setzen auf aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Wir müssen und wir werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, damit wir hier vorankommen. Genau dabei haben wir mit unserem Job-aqtiv-Gesetz die Voraussetzungen geschaffen, und darauf bauen wir auf.

(Im Saal wird ein Transparent entfaltet: „Hände weg von der Arbeitslosenhilfe!“)

Wir werden die begonnene Reform der Bundesanstalt für Arbeit und der Arbeitsvermittlung fortsetzen. Ich begrüße sehr, dass der DGB diesen Prozess mitträgt. Am 16. August wird die Hartz-Kommission ihren Bericht vorlegen, und ich erwarte von der Kommission machbare Vorschläge, wie die Bundesanstalt für Arbeit strukturiert sein muss, um das zu leisten, was in unser aller Interesse ist, nämlich eine schnellere und präzisere Vermittlung der Arbeitslosen in die freien Stellen.

Wir brauchen Vorschläge, wie aktivierende Arbeitsmarktpolitik unter den völlig veränderten Anforderungen der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft umgesetzt werden kann. Vorschläge, wie Arbeitsmarktpolitik mit den unterschiedlichen Erwerbsbiografien umgehen soll. Vorschläge vor allen Dingen, wie wir Angebot und Nachfrage zusammenbringen. Und dabei wird es auch darum gehen, die Unternehmen zu fordern, die behaupten, es gäbe mehr als eine Million freie Stellen. Dann sollen sie sie auch melden, damit wir die Arbeitslosen in diese Stellen bringen können, liebe Freunde! (Starker Beifall)

Wir setzen alles daran, die Nachfrage nach Arbeit und die Nachfrage nach Arbeitskräften zusammenzubringen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Bundesregierung, von Wirtschaft und Gewerkschaften. Und wenn das alle mit dem notwendigen Nachdruck tun, dann werden wir hier auch große Fortschritte erzielen.

Um die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration geht es auch bei der Verzahnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die Hilfe muss aus einer Hand, von einer Stelle erfolgen. Damit wollen wir nicht Geld in erster Linie, sondern Bürokratie in erster Linie sparen, liebe

Kolleginnen und Kollegen. Uns geht es nicht darum, Arbeitslosenhilfeleistungen in diesem Bereich auf das Sozialhilfeniveau abzusenken. Es geht uns darum, die Zersplitterung, was die Leistungen angeht, aufzuheben.

Wir setzen auf eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, auf Vermittlung und Eigeninitiative, auf Fördern gewiss, aber auf Fordern auch. Auf Qualifizierung, für die wir eine Menge getan haben im „Bündnis für Arbeit“ und erfolgreich getan haben - ein Thema, das nicht zuletzt immer das Thema von Dieter Schulte gewesen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausgangssituation ist heute besser als vor vier Jahren. Wir haben - und das sind die Zahlen des April - 500 000 Arbeitslose weniger als im April 1998, und wir haben seitdem 1,2 Millionen Erwerbstätige mehr.

Ich möchte richtig verstanden werden: Das reicht mir bei weitem nicht. Aber lassen wir es nicht zu, dass diejenigen, die uns seinerzeit fast fünf Millionen Arbeitslose hinterlassen haben, jetzt daherkommen und sagen, es hätte keinen Fortschritt gegeben und sie müssten nun wieder ran! Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Starker Beifall)

In den Jahren ihrer politischen Arbeit ist die Sockelarbeitslosigkeit ständig gestiegen. Nach jeder Krise in der Wirtschaft, in der Weltwirtschaft hatten wir nicht weniger, sondern mehr Sockelarbeitslose. Wir, liebe Freundinnen und Freunde, haben diesen Trend zum ersten Mal gebrochen. Zum ersten Mal ist die Sockelarbeitslosigkeit am Ende einer Wirtschaftskrise und am Beginn eines neuen Aufschwungs nicht gestiegen, sondern um jene 500 000 zurückgegangen. Dies ist auch ein Erfolg, auch wenn er uns zusammen nicht reicht, liebe Freundinnen und Freunde. (Leichter Beifall)

Mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit können wir nicht zufrieden sein, und ich bin der Letzte, der das ist. Aber wir haben Erfolge vorzuweisen, Erfolge, auf die wir aufbauen können und aufbauen müssen.

Übrigens: Eine Konsequenz der Kohl-Jahre waren auch 100 000 Jugendliche ohne eine berufliche Perspektive. Nicht zuletzt das zeigt deutlich, in welchen Zustand jene Regierung unser Land hat kommen lassen. Bei CDU und CSU, bei FDP waren diese jungen Leute abgeschrieben.

Wir haben mit dem Ausbildungskonsens, den wir im „Bündnis für Arbeit“ verabredet haben, und nicht zuletzt mit unserem Jump-Programm mehr als 400 000 Jugendlichen eine neue Perspektive auf Ausbildung, auf Qualifizierung und auf Arbeit gegeben. Viele von denen hatten die Hoffnung darauf, im Arbeitsmarkt jemals Fuß fassen zu können, schon längst aufgegeben. Darunter sind zum Beispiel 70 000 Jugendliche, die durch soziale Betreuung und durch Hinführen an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen überhaupt erst wieder Kontakt mit dem Erwerbsleben bekommen haben.

Das zeigt, dass wir die jungen Menschen eben nicht, wie andere, hängen lassen, sondern die uns verfügbaren Instrumente nutzen, um sie einzugliedern in den ersten Arbeitsmarkt. Ich weiß, das sind keine gewaltigen Zahlen, aber hinter diesen Zahlen stehen Schicksale. Darunter sind 7000 Jugendliche, die nicht einmal einen Hauptschulabschluss hatten, und den sie haben nachholen müssen. Sie erhalten damit erst die Voraussetzung, auf dem Ausbildungsmarkt Fuß fassen zu können. Darunter sind 30 000 Jugendliche, die durch Arbeit und Qualifizierung erst fit gemacht worden sind für eine Ausbildung, und 40 000 Jugendliche - übrigens der Großteil von ihnen in Ostdeutschland - haben über diese Programme eine außerbetriebliche Ausbildung beginnen können. Hier gleichen wir mit „Jump“ fehlende betriebliche Angebote aus. Ich sage: Das wird auch eine ganze Weile noch so bleiben müssen - nicht, weil wir das miteinander so wünschen, aber weil wir die jungen Leute nicht auf der Straße sitzen lassen können. Das ist unsere Aufgabe. (Beifall) Das ist eine Politik, wie ich sie für richtig halte. Das ist sozialdemokratische Politik. Wir geben eben niemand auf, wir nehmen jeden mit, und darauf bin ich stolz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich weiß, dass die Situation für junge Menschen im Osten immer noch schwierig ist. Wir sind vorangekommen, aber auch hier reicht es noch nicht. Insbesondere beim Einstieg in den Beruf hakt es. Deshalb werden wir mit einem „Jump-Plus“-Programm gerade an dieser so genannten zweiten Schwelle ansetzen. Das wird eine der wichtigen Aufgaben in der kommenden Legislaturperiode.

Eine gute Ausbildung zu haben, ist für mich - ich denke, auch für euch - nicht zuletzt die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit. Das Gleiche übrigens gilt für den Zugang zur Bildung schlechthin. Wir jedenfalls wollen, dass jeder junge Mensch eine gerechte Chance hat, Deutschlands höhere und höchste Schulen zu besuchen. Ich will nicht, dass die Frage des Zugangs zu den Bildungsinstitutionen abhängig ist vom Geldbeutel von Mama oder Papa oder den eigenen Verdienstmöglichkeiten. (Beifall) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage das vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen, gerade was den Zugang zur Bildung angeht. Ich habe nicht vergessen, was meine Mutter an Arbeit leisten musste, um jedenfalls die Chance auf vernünftige Bildungsabschlüsse aufrechtzuerhalten. Ich habe nicht vergessen, wo ich herkomme, und deswegen weiß ich auch ganz genau, wo ich hingehöre. (Beifall)

Gleiche Chancen in der Bildung, das ist wirklich ein Herzensanliegen. Deshalb haben wir seit 1998 die Ausgaben zum Beispiel für das BaföG, auf das ja viele Kinder gerade aus Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerfamilien angewiesen sind, um die Hälfte erhöht. (Zuruf: Das reicht nicht!) Alles reicht nicht, mein Lieber, aber ich zähle jetzt mal auf, was wir trotzdem gemacht haben, nachdem die anderen da wirklich einen Kahlschlag veranstaltet haben. (Beifall) Ich möchte das erklären mit dem, was wir gemacht haben und was sicher noch verbesserungswürdig ist. Darum wollen wir ja auch eine zweite Legislaturperiode mit eurer Unterstützung. Sonst müsste ich hier ja nicht stehen. (Beifall)

Mit dem, was wir auf diesem Sektor gemacht haben, können 80 000 junge Menschen zusätzlich studieren, und zwar ohne große finanzielle Sorgen. Die anderen hatten das BaföG immer weiter reduziert. Sie wollen eben nicht alle Talente und Begabungen in unserem Land fördern, sondern ihre Politik hätte das Studium wieder zu einem Privileg der gut Betuchten gemacht.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt bei der Bildung Defizite. Das wissen wir übrigens nicht erst seit der PISA-Studie, aber diese Studie hat uns das noch einmal deutlich gemacht. Besondere Schwierigkeiten haben oft Kinder aus Familien von Zuwanderern. Sprachdefizite bei Beginn der Schullaufbahn können nur schwer ausgeglichen werden, mit allen negativen Auswirkungen, die das auf die späteren Berufschancen hat. Deshalb haben wir bei der Steuerung und bei der Gestaltung der Zuwanderung auch soviel Wert auf Integration derer gelegt, die hier bei uns leben. Denn hier geht es auch um Bildungs- und Berufschancen für Kinder und für Jugendliche. Dass die deutschen Gewerkschaften, die Kirchen, aber in dieser Frage auch die Wirtschaft bei der Zuwanderung an unserer Seite stehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist wichtig für unser Land, und dafür möchte ich euch besonders danken.

Jeder, der die Sorgen der Menschen wirklich kennt, weiß: Wir müssen noch mehr als in der Vergangenheit für die Familien tun. Die materiellen und auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für Familien haben wir seit 1998 entschieden verbessert. Insgesamt haben wir für die Aufwendungen für Familien mehr als 13 Milliarden Euro zusätzlich ausgegeben. Wir haben diesen Etat inzwischen auf 53 Milliarden Euro erhöht. Ich denke, wir sind uns einig darin, dass Familien mehr als materielle Hilfe brauchen. Dringender als vieles andere sind Betreuungsangebote für die Kinder, insbesondere aus den Familien der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. (Beifall)

Angesichts der Realität in unserer Gesellschaft - das mag man beklagen oder auch nicht - eröffnen sich nur durch die massive Verstärkung von Betreuungsangeboten neue Chancen im Beruf für junge Frauen, damit neue Chancen für ein selbstbestimmtes Leben und gleiche Startchancen für die Kinder aus diesen Familien. Das ist nur mit massiven Investitionen in Betreuung zu machen, und wir wollen und wir werden das tun, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Übrigens stehen wir auch in der Familienpolitik im September vor einer Richtungsentscheidung, vor der Entscheidung, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft auch und nicht zuletzt in dieser Frage bewegen soll. Wir haben angekündigt - und das ist gerechnet, und zwar von Hans, und der rechnet sehr penibel, wie manch einer hier weiß, ich auch -, dass wir in der nächsten Legislaturperiode,

obwohl formal nicht zuständig, den Gemeinden und Ländern 4 Milliarden Euro für den Ausbau von Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen werden. (Beifall)

Warum machen wir das? Warum machen wir das so und nicht anders? Wir machen das, weil wir wollen, dass sich wirklich jede Frau - denn um die geht es doch vor allen Dingen - frei entscheiden kann, ob und wie sie Familie und Beruf miteinander vereinbart. Die Union verspricht demgegenüber ein Familiengeld von 600 Euro monatlich. Das heißt, so richtig wohl ist es denen bei den vielen Versprechungen ja nicht. Das folgt dem Prinzip: Wir schreiben das mal ins Wahlprogramm, dann kommt uns' Lothar und kassiert alles wieder ein. Das ist das Unseriöseste an Versprechungen, was mir bislang begegnet ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Aber beschäftigen wir uns mal gar nicht in erster Linie mit der Unfinanzierbarkeit, mit der Unseriosität dieser Forderung, sondern mit dem familienpolitischen Gehalt. Der familienpolitische Gehalt ist ein ganz bestimmter. Hinter dem steht ein bestimmtes Familienbild: Junge, häufig gut ausgebildete Frauen sollen eine Prämie erhalten, damit sie zu Hause bleiben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein verstaubtes, ein antiquiertes, ein völlig veraltetes Familienbild, eher der Kaiserzeit entlehnt als auf unsere Zeit passend. (Beifall)

Gerade an diesem Punkt wird sich zeigen, was diese Gesellschaft will. Wollen wir mit massiven Anstrengungen bei der Betreuung dafür sorgen, dass insbesondere Frauen in Deutschland leben, wie sie wollen, und nicht wie es die alten Herren von der CDU wollen. (Beifall)

Die Menschen, dessen bin ich sicher, sind viel weiter als diese Herren. Sie wollen keine Reise in die Vergangenheit. Sie wollen eine kinder- und familienfreundliche Zukunft durch den Ausbau der Betreuungsangebote. Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist unser Programm. Das ist nur mit uns zu machen. Mit den anderen nicht. Auch darum wird es gehen am 22. September. (Beifall)

Letztlich kann man das, worum es geht, zusammenfassen: Es geht um die Erneuerung unserer Gesellschaft in sozialer Gerechtigkeit. Das sind die wirklichen Alternativen. Dass dabei wir, Gewerkschaften und SPD, in den Grundsätzen einig, aber in den Details miteinander zu reden haben, das ist klar.

Aber eines jedenfalls ist genauso klar. Wir setzen auf einen starken und auf einen solidarischen Sozialstaat. Einen Staat, in dem es gerecht zugeht. Das ist der Grund, warum wir und nur wir in der Lage sind, den sozialen Zusammenhalt dieser Gesellschaft politisch zu organisieren, liebe Freundinnen und Freunde. (Beifall)

Wir wissen, in einer Zeit des raschen Wandels in Gesellschaft und Arbeitswelt, in einer Zeit, wo es viel Verunsicherung bei den Menschen gibt, in dieser Zeit ist ein Stück soziale Sicherheit, ist das Wissen um Sicherheit im Sozialstaat und dadurch gewährte neue Chancen wichtiger denn je.

Nur, wer eine sinnvolle Balance zwischen den Veränderungsnotwendigkeiten einerseits und den Sicherheitsbedürfnissen der abhängig Beschäftigten andererseits organisiert, nur der wird die Menschen mitnehmen auf dem Weg in die notwendigen Veränderungen. Die anderen lassen sie allein in ihrer Verunsicherung.

Deshalb ist es unsere gemeinsame Aufgabe, in diesen Zeiten, in den Zeiten so rascher Veränderungen, den Sozialstaat weiter zu sichern und ihn krisenfest zu machen. Die anderen wollen - das wird deutlich, wenn man ihre Programme liest - zurück in die Politik des Sozialabbaus. Niemand soll hinterher sagen, er hätte das nicht gewusst.

Wenn wir jetzt nicht gegen diese rückwärts gerichtete Politik kämpfen, dann, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wird der eine oder andere ziemlich böse aufwachen.

Allein das Ziel, das ja verkündet worden ist, bei der Staatsquote auf unter 40 Prozent zu kommen, würde Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen in einer Größenordnung von 170 Milliarden Euro bedeuten.

Was das für Investitionen für Familien, für Investitionen in Bildung und Ausbildung, aber auch für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur bedeutet, das muss ich euch nicht ausmalen.

Nein, das ist kein Weg in die Zukunft, das ist ein schlechter Weg in die Vergangenheit. Ein solcher Rückzug des Staates heißt, es gibt keinen Spielraum für Zukunftsinvestitionen und es bleibt nichts über für den Sozialstaat.

Selbst wenn wir sämtliche Leistungen für Familien und Kinder streichen, Verkehrsinfrastrukturen auf null bringen und den Bildungs- und Forschungsetat abschaffen würden - das zeigt schon den Wahnsinn dieser Forderungen -, selbst wenn wir das täten, hätten wir noch nicht einmal die Hälfte dessen realisiert, was die Union da angeblich einsparen will.

CDU und CSU, das muss klar sein, setzen die Abrissbirne an die Grundmauern des Sozialstaates und damit an die Zukunft unseres Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte abschließend ein paar Punkte nennen, um die es geht. Auch und gerade in der vor uns liegenden Wahlperiode. Wir wollen, wir müssen, und wir haben Wege genannt, mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen. Den Weg, den wir begonnen haben, der durch Wirtschaftskrise weltweit unterbrochen ist, die jetzt Gott sei Dank wiederum unterbrochen ist, diesen Weg müssen wir fortsetzen. Er ist erfolgreich.

Wir wollen eine umfassende Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wohlstand. Wir stehen dafür, dass in der Gesellschaft auch von uns klar gemacht wird: Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Teil der Kraft unserer Volkswirtschaft, nicht das Gegenteil dessen. (Beifall)

Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin. Wir werden das Gesundheitssystem gerecht halten. Effizienzgewinne ja, Grund- und Wahlleistungen und die Aufgabe des Solidarprinzips, nein.

Übrigens. All diejenigen, die anderes vorgaukeln, denen muss man doch mal sagen: Es ist doch nicht so, dass unsere Leute nach England oder Holland gehen, um sich operieren zu lassen. Es ist umgekehrt. Da muss doch qualitativ was da sein, wenn das so ist. In der Tat, so ist es auch.

Bei allen Effizienznotwendigkeiten, genau dieses Prinzip wollen und werden wir erhalten.

Wir wollen und werden durchsetzen einen gerechten Zugang zu den Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, denn wir wissen, dass die Zukunft unseres Landes, eines Landes, in dem Produkte hergestellt werden müssen, die immer mehr wissensbasiert sind, eben darin liegt, dass wir in die Köpfe, und zwar in die Köpfe aller, investieren.

Wir wollen, dass die Menschen, und das heißt vor allen Dingen, die Frauen, eine echte Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf bekommen. Deshalb stehen wir wirklich vor einer Wahl. Wir stehen vor einer Politik der Freiheit, die sich danach richtet, wie die

Menschen selbstbestimmt leben wollen, und einer veralteten Ideologie, die den Menschen vorschreiben will, wie sie leben sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Alternativen lauten: Auf der einen Seite der gewiss auch nicht immer fehlerfreie Marsch von einer erfüllten Gegenwart in die Zukunft und auf der anderen Seite zurück mit den Rezepten von vorgestern, dem Personal von gestern in die Vergangenheit. Das ist die wirkliche Alternative.

Es geht nicht um Lager. Es geht um Richtungen. Es geht um Vergangenheit oder Zukunft. Das ist der Grund, warum ich hier stehe und euch bitte, diese Politik zu unterstützen. Und euch bitte, eure Möglichkeiten zu nutzen, darüber zu reden, zu diskutieren in den Familien, in den Betrieben und in den Vereinen.

Lasst uns diesen Weg, den wir begonnen haben, der gewiss nicht allen alles gegeben hat, aber der für die Beschäftigten in diesem Land Vorteile gebracht hat, gemeinsam gehen und gemeinsam fortsetzen - über den 22. September hinaus.

Das ist meine herzliche Bitte und dafür werbe ich bei euch um Unterstützung. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

(Der Bundeskanzler spricht kurz mit Vertretern der DGB-Jugend und erhält einige „Münzen“ als Geschenk)